

650 Euro netto für einen Facharzt mit Berufserfahrung

Osteuropas Gesundheitssysteme bluten aus – „Pay as you feel“ in England

Politiker und Krankenkassen kritisieren gerne die angeblich zu hohen Ausgaben für das Gesundheitswesen. Doch welches Einkommen ist für Ärzte und Zahnärzte eigentlich angemessen? Und wozu führt es, wenn man Mediziner schlecht bezahlt? Antworten auf diese Fragen liefert der Blick ins europäische Ausland.

So berichtete „Spiegel online“ (SPON) Ende März über die massenhafte Abwanderung ungarischer Ärzte und Pflegekräfte Richtung Westen. Seit dem EU-Beitritt Ungarns haben dem Artikel zufolge etwa 5 000 Ärzte und 7 000 Pflegekräfte das Land verlassen. In anderen osteuropäischen Ländern sieht es nicht besser aus. Die Folge: Vom Baltikum bis nach Bulgarien sei die medizinische Versorgung mittlerweile desolat.

SPON berichtet von Nettogehältern um die 650 Euro in Kliniken für Fachärzte mit zehn Jahren Berufserfahrung. Nur durch eine zusätzliche privatärztliche Tätigkeit könnten die Betroffenen ihre Familien ernähren. Doch auch die Patienten bekämen den Sparkurs im Gesundheitswesen zu spüren. Immer mehr Medikamente müssten selbst bezahlt werden, auch Korruption sei weit verbreitet.

Dagegen geht in Ungarn nun eine Initiative namens „1 001 Ärzte gegen Dankesgeld“ vor. Innerhalb eines Monats schlossen sich mehr als 2 500 ungarische Ärzte, knapp ein Sechstel aller in dem Land arbeitenden Mediziner, der Initiative an. „Das zeigt, dass unser Gesundheitswesen an einem kritischen Punkt angelangt ist“, zitiert SPON Péter Álmos, einen jungen Psychiater aus Szeged. Nicht einmal für Kloppapier reiche das Budget einiger Kliniken. Schönheitsreparaturen würden von Ärzten und Pflegekräften in Eigenregie durchgeführt. Via Facebook fordern Álmos und seine Mitstreiter von der Regierung Lohn erhöhungen, eine Verbesserung der Infrastruktur in medizinischen Einrichtungen, einen Runden Tisch für Gesundheitsreformen und vor allem ein Ende der Korruption.

Dabei weiß auch die staatliche Gesundheitsbehörde von den Missständen. Einem internen Bericht zufolge mangle es in 70 Prozent der Kliniken an Fachärzten und Pflegepersonal, jeder fünften Intensiv- oder



Foto: Peter Köhl/pixelio.de

Bitteres Fazit in Ungarn: Nicht einmal für Kloppapier reiche das Budget einiger Kliniken.

Rettungsstation fehlten medizinische Geräte. Auch die hygienischen Bedingungen seien oft schlecht, Schimmel an Wänden kein Einzelfall.

Notstand in Rumänien

Die Ursachen liegen vor allem in der Finanzierung der meist rein staatlichen Gesundheitssysteme. Während Deutschland über elf Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Gesundheit ausgibt, sind es in den meisten osteuropäischen Ländern nur um die sieben Prozent, in Rumänien sogar nur knapp über fünf Prozent.

In der Folge sind die medizinischen Verhältnisse dort auch besonders katastrophal. SPON spricht von einem „medizinischen Notstand“ in Krankenhäusern in der rumänischen Provinz. Junge Assistenzärzte würden weniger als 300 Euro verdienen. 14 000 Ärzte hätten deshalb seit 2007 das Land verlassen.

Kein Geld für den Zahnarzt

Doch nicht nur in den ehemals kommunistischen Staaten Europas ist die medizinische Versorgung schlecht. Auch Großbritannien kann mit seinem „National Health Service“ (NHS) die Patientenver-

sorgung immer weniger sicherstellen. So müssen Patienten auch für die zahnmedizinische Grundversorgung tief in die eigene Tasche greifen. Doch außerhalb der boomenden Metropole London sind die wirtschaftlichen Verhältnisse oft schlecht. Vor allem der Norden Englands hat darunter zu leiden. „Viele Familien befinden sich in prekären finanziellen Verhältnissen und können sich den Besuch beim Zahnarzt nicht leisten“, berichtet das Internetportal ZWP online.

Ihnen soll nun das „Real Junk Tooth Project“ helfen. Dabei behandeln Zahnärzte ehrenamtlich Patienten mit akuten Zahnschmerzen, die sonst keinen Zugang zu einer zahnärztlichen Versorgung hätten. Vorsorgeuntersuchungen oder längerfristige Behandlungen werden nicht angeboten. „Unabhängig von den Lebensumständen wollen wir Menschen dabei helfen, ihre Zahnschmerzen loszuwerden und ihnen ihre Lebensqualität zurückzugeben“, schreiben die Initiatoren auf ihrer Homepage. Bislang beteiligen sich Zahnärzte in der nordenglischen Stadt Dewsbury an dem Projekt. Die Patienten entscheiden selbst, ob und wie viel sie für die Behandlung bezahlen. „Pay as you feel“ nennen das die Engländer. Sie schlagen vor, dass jeder Patient wenigstens zehn Pfund für seine Behandlung beisteuert, mit denen Verbrauchsmaterial und Medikamente finanziert werden. Die beteiligten Zahnärzte ver-

zichten auf ein Honorar. Zwischenzeitlich haben die Missstände im britischen Gesundheitssystem auch zu öffentlichen Protesten geführt. Demonstranten forderten im April den Rücktritt von Premierminister David Cameron, weil er nichts dagegen unternimmt.

Begehrte Fachkräfte

Der Blick ins europäische Ausland zeigt vor allem eines: Wenn man Gesundheitssysteme kaputtspart, hat das dramatische Auswirkungen auf die Patientenversorgung. In einer globalisierten Welt nehmen es Ärzte und Zahnärzte nicht mehr hin, dass sie für Hungerlöhne arbeiten sollen. Als „High Potentials“ sind sie begehrte Fachkräfte auf dem internationalen Arbeitsmarkt. Schon aus diesem Grund muss die Politik ein Interesse daran haben, dass ärztliche und zahnärztliche Leistungen angemessen vergütet werden. Nur so lässt sich die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Und die ist auch eine Frage des sozialen Friedens.

Die KZVB hat mit ihren jüngsten Vergütungsvereinbarungen, die den bayerischen Zahnärzten beachtliche Nachzahlungen und deutlich höhere Punktwerte bringen, einen Beitrag dazu geleistet, dass den Patienten hierzulande englische oder gar rumänische Verhältnisse erspart bleiben.

Leo Hofmeier



Abbildung: fotolia.com/Comugnero Silvana

In Großbritannien müssen Patienten auch für die zahnmedizinische Grundversorgung tief in die eigene Tasche greifen. Vor allem der ärmere Norden Englands hat darunter zu leiden. Viele Familien können sich den Besuch beim Zahnarzt nicht leisten.